



## Haushaltsrede

des Vorsitzenden der Ratsfraktion  
der Wählergemeinschaft Gemeinsam Für Lünen (GFL),  
Prof. Dr. Johannes Hofnagel

am 14. Dezember 2017 (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Mitglieder des Lüner Stadtrates,

die Stadt Lünen verfügt seit Jahren in Ihrer Bilanz über kein positives Eigenkapital mehr. Immerhin weisen das voraussichtliche Jahresergebnis 2017 und der Ergebnis-Planansatz 2018 zum Glück ein moderates Plus aus. Lünen schreibt wieder schwarze Zahlen.

Ich sage „zum Glück“. Denn Lünen profitiert stark von der allgemein guten Wirtschaftslage und günstiger Zinsen. Darüber freuen sich aktuell viele Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet, die hoch verschuldet und mit ihren Sparbemühungen längst an der Grenze des Zumutbaren für die Bürgerinnen und Bürger aber auch für die Beschäftigten der Stadtverwaltungen angekommen sind.

Doch die nächste Konjunkturdelle oder Zinswende kommt bestimmt. Dann drehen wir wieder jeden Euro zweimal um. Das ist keine Perspektive. Damit Lünen mittel- und langfristig aus der Schuldenspirale kommt, müssen Bund und Land ihre Finanzausweisungen ändern. Das folgende Prinzip muss gelten: Wer Aufgaben verteilt, muss dafür angemessen bezahlen. Wir fordern deshalb den Kämmerer dieser Stadt auf, gerade jetzt in dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ so aktiv wie möglich mitzuarbeiten. Denn wir müssen



erreichen, dass die Reform der öffentlichen Finanzen auf die Agenda der aktuellen Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene kommt. Die auskömmliche jährliche Finanzierung der Städte und Gemeinden als einziges Ziel reicht aber nicht. Wir brauchen auch einen echten Schuldenschnitt. Das Land muss den Großteil der finanziellen Altlasten Lünens übernehmen. Seien wir realistisch - allein wird Lünen die aufgetürmten Schulden in den nächsten Jahrzehnten nicht zurückzahlen können. Lassen Sie uns alle gemeinsam für die überfällige Finanzreform und den Schuldenschnitt kämpfen!

Anlässlich des bevorstehenden 10-jährigen Bestehens der Wählergemeinschaft Gemeinsam Für Lünen und langjähriger Mitarbeit hier im Rat möchte ich kurz zurückblicken.

Die GFL-Fraktion hatte von Anfang an ihrer Ratstätigkeit kein Verständnis dafür, dass in Lünen über viele Jahre Lünen sogenannte Doppelhaushalte vorgelegt wurden – also Haushaltspläne gleich für zwei Jahre. Denn diese Praxis widerspricht den grundsätzlichen Planungsgrundsätzen und ist betriebswirtschaftlich wenig sinnvoll. Inzwischen ist Lünen zum jährlichen Haushalt zurückgekehrt. Ebenso wird nun endlich ein Haushaltsplan frühzeitig vor Beginn des Jahres vorgelegt. Auch hier konnten wir aktiv diese Entwicklung unterstützen. Das ist gut so.

Zweitens möchte ich erwähnen, dass die GFL gemeinsam mit anderen Fraktionen in der Vergangenheit in der vordersten Reihe mitwirkte, um Abläufe zwischen Verwaltung und Kommunalpolitik zu verbessern.



Beispielsweise haben wir daran mitgewirkt, dass die Haushaltspläne vorab in den Fachgremien beraten und erst dann abschließend im Rat verabschiedet wurden. Das haben wir gemeinsam erreicht – lassen Sie uns daran festhalten sowie den Planungsablauf und die Planungssystematik weiter optimieren. Davon können wir alle nur profitieren.

Als weiteren Punkt möchte ich auf die Diskussionskultur hier im Rat und seinen Ausschüssen eingehen. Lassen Sie uns die im letzten Haupt- und Finanzausschuss seit Jahren erstmalig in einer Sitzung so durchgängig erlebbare sachliche und faire Diskussions- und Streitkultur für uns alle erhalten und fortsetzen. Wir sind alle ehrenamtlich hier für unsere Stadt aktiv und sollten doch auch Spaß bei der Arbeit haben. Faires und sachliches Streiten um eine gute Lösung ist wichtig. Jedes Ratsmitglied sollte zudem bereit sein, seine eigenen oder parteipolitischen Schranken mal zu überspringen. Diese verhindern nämlich viel zu oft, dass man auf andere Fraktionen zugeht.

Nach diesen Gemeinschaft stärkenden Anmerkungen muss ich nun aber noch auf den Hausgeber des Handelsblattes, Gabor Steingart, eingehen, der auf dem Titelblatt der SPD vor einigen Tagen „politische Schwerhörigkeit“ attestierte und er wünschte der Traditionspartei „neues Leben unter der Betonplatte“. Die SPD in Lünen könnte zeigen, dass diese Aussagen bestenfalls vielleicht lustig, ansonsten aber abwegig sind. Dazu müsste sich die SPD hier vor Ort allerdings



kooperativer zeigen. Dazu gehört, viele vernünftige Vorschläge nicht deshalb abzulehnen, nur weil sie von politischen Mitbewerbern kommen und sie ihm nützen könnten. Für die CDU gilt übrigens Ähnliches.

Wie gesagt: Die jüngste Haupt- und Finanzausschusssitzung war schon mal ein guter Anfang zu besseren, sachlich-kontroversen und fairen Diskussionen – lassen Sie uns dies fortsetzen.

In diesem Zusammenhang weise ich noch auf eine andere Entwicklung hin, die eigentlich zum Schmunzeln Anlass gäbe, wenn sie nicht so traurig für das Fortkommen dieser Stadt wäre. Die GFL-Fraktion hat in den ersten elf Monaten dieses Jahres einige Anträge gestellt, die von den Altparteien genau deshalb abgelehnt wurden. Kurze Zeit später tauchen nahezu identische Inhalte unter SPD- bzw. CDU-Flagge wieder auf. Beispielsweise unser Antrag zur Schaffung von zusätzlichen „Halte-Stellen“ in Brambauer und anderen Stadtteilen, beispielsweise die Bereitstellung von 20.000 Euro für einen attraktiveren Weihnachtsmarkt. „Fair Play“ geht anders. Aber Schwamm drüber: Wir unterstützen all diese Anträge, weil wir ja die Inhalte kennen und begrüßen.

Sehr kritisch eingehen muss ich auf ein hausgemachtes Defizit der Verwaltung. Das Stichwort lautet „Immobilien- und Vertragsmanagement“. Immer wieder sollen wir Ratsmitglieder langjährigen Mietverträgen bzw. deren Verlängerungen zustimmen, die die Stadt auf Jahre viele Millionen Euro kosten. Jeder Bürger außerhalb des Rathauses würde sich hier überlegen, ob Bauen



und Eigentum schaffen nicht besser als Mieten wäre. Denn die Zinsen sind günstig wie nie zuvor, am Ende aller Zahlungen hätte man Vermögen geschaffen. Ich wünsche der Stadt, dass solche ganzheitlichen betriebswirtschaftlichen Bewertungen künftig auch hier im Lünen Rat zum Standard werden. Aus meiner Sicht ist das eine Selbstverständlichkeit und deshalb die Bringschuld der Verwaltung.

Beschämend für ein reiches Land wie Deutschland ist, dass hierzulande jedes dritte Kind nicht schwimmen kann. Das liegt in Lünen insbesondere daran, dass zu wenig Schwimmkapazitäten vorhanden sind. Schließlich wurden in der Vergangenheit vier Bäder geschlossen. Darunter leidet der Vereins- und Schulsport. Politisches Achselzucken oder Gefälligkeitsrechnungen ganz im Sinne der Altparteien helfen hier nicht. Hier scheint „politische Schwerhörigkeit“ vorzuliegen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen in Lünen ein neues Bäderkonzept, auf dessen Grundlage wir zusätzliche Schwimmmöglichkeiten für Vereine, Schulen und private Schwimmer schaffen. SPD und CDU können sicher sein: Die GFL-Fraktion wird hier nicht locker lassen.

Noch ein letzter Punkt, der uns als GFL sehr wichtig ist. Stichwort „Ehrenamt“. Es reicht nicht aus, wenn der Rat und die Stadtspitze einmal im Jahr eine Veranstaltung zum Ehrenamt durchführt. Viel wichtiger ist es, dass die Verwaltung nach Kräften all jene Bürger unterstützt, die sich ehrenamtlich für diese Stadt engagieren. Leider erhalten wir häufig die Rückmeldung von Lünen Ehrenamtlichen, dass sie sich wie Bittsteller oder Bettler im Rathaus behandelt



fühlen. Eine arme Stadt wie Lünen sollte Ehrenamtliche auf Händen tragen und ihren Projekten, die sinnvoll und im Sinne der Allgemeinheit sind, Rückenwind besorgen. Ideell wie finanziell. Deshalb fordere ich den Rat der Stadt Lünen auf, dem jüngsten Vereinsprojekt „Rettet den Volkspark“ kurzfristig eine Starthilfe von 15.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Geld soll das Material für die Herstellung der Wege im Volkspark finanziert werden. Personal und Maschinen werden von den Ehrenamtlichen gestellt. So könnten schon bis März erste sichtbare Erfolge in Brambauer erzielt werden, was die Motivation der Bevölkerung für die gute Sache und das Gemeinschaftsgefühl ganz sicher beflügeln würden. Die GFL wird hierzu einen Antrag im Februar in die Stadtentwicklungsausschuss einbringen, damit von den im Haushaltsplan 2018 eingestellten Mitteln für das „integrierte Handlungskonzept Brambauer“ ein Teil zur Unterstützung des zentralen Projektes „Rettet den Volkspark“ eingesetzt wird. Alle Fraktionen sind herzlich eingeladen diesen Antrag mitzutragen.

Schlagzeilen machte heute der verwaltungsinterne Prüfbericht für das Haushaltsjahr 2016. Mit keinem Wort erwähnt wurde allerdings, dass viele der Kritikpunkte aus früheren Jahren stammen, als andere Verwaltungsvorstände und Bürgermeister das Sagen hatten. Dennoch: Die GFL-Fraktion erwartet, dass der aktuelle Bürgermeister und aktuelle Kämmerer diese Punkte im neuen Jahr abarbeiten. Um das möglich zu machen, tragen wir die Aufstockung des Personals in der Kämmerei mit. Herr Quitter, bitte liefern Sie in 2018. Sorgen



Sie für einen Prüfungsbericht 2018, der keinen Anlass mehr für negative Debatten gibt.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –Kollegen, die GFL-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2018 zu. Auch deshalb, weil wir mit einigen wichtigen Anträgen dazu beitragen können, dass Lünen sich im nächsten Jahr zumindest punktuell positiv entwickeln kann. Ich nenne hier stellvertretend Planungsmittel für den Ersatz der Fußgängerbrücke über die Kurt-Schumacher-Straße, den Einstieg in ökologische Versuchsflächen, das integrierte Handlungskonzept für Brambauer oder die Neukonzeption für die Grundschullandschaft. Das alles sind eher kleine Schritte als große Sprünge. Wir hätten uns mehr gewünscht. Aber die finanzielle Realität setzt verantwortungsvoller Politik enge Grenzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute, Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr 2018.